



GENOSSENSCHAFTLICHE INFORMATIONEN - 02 / 2009

Liebe Mitglieder des Bundesvereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. und liebe am Genossenschaftswesen Interessierte,

der Wettbewerb des BzFdG hat begonnen. Wir haben ihn dieses Jahr unter das Motto „Genossenschaft macht Sinn“ gestellt. Wir wollen Genossenschaften auszeichnen, die die Förderung Ihrer Mitglieder nicht nur umsetzen, sondern die Mitgliederförderung auch besonders kommunizieren. Der besondere Charakter der Genossenschaften kann mit solchen Beispielen besser deutlich gemacht werden. Wir freuen uns auf viele positive Beispiele von den verschiedensten Genossenschaften.

Mit genossenschaftlichen Grüßen

Ihr

Jan Kuhnert

Vorsitzender

Wettbewerb 2009

Im Rahmen der diesjährigen Mitgliederversammlung des BzFdG wurde der Wettbewerb vorgestellt. Vom BzFdG hat Bernd Wulf (Beisitzer im Vorstand des BzFdG und Mitglied der Jury 2009) den Wettbewerb vorgestellt. Herr Dr. Heinz-Otto Weber vom Marburger Genossenschaftsinstitut hat in einem Gastbeitrag die Mitgliederförderung nicht nur als juristische Pflicht, sondern auch als eine ökonomisch sinnvolle Aufgabe beschrieben, die nicht nur gelebt, sondern auch dokumentiert werden muss.

Genossenschaften können sich bis Ende August mit Ihren guten Beispielen beim BzFdG bewerben. Auf der Internetseite des BzFdG (www.genossenschaftsgedanke.de/wettbewerb.htm) finden Sie die begleitenden Materialien von der Mitgliederversammlung des BzFdG:

<http://www.genossenschaftsgedanke.de/wettbewerbe.htm>

Die Ausschreibung ist dieser Info als Anlage beigefügt.

Die Gewinner sollen auf einer Veranstaltung Anfang Dezember 2009 präsentiert werden. Schliesslich wird der Wettbewerb (wie auch schon die Wettbewerbe 2001 und 2006) ausführlich dokumentiert werden.

Genossenschaftsreform 2006

Das **Bundesministerium der Justiz** hat dem Rechtsausschuss des Bundestages über die Ergebnisse der Genossenschaftsreform 2006 berichtet. Dabei hat das BMJ die Erfolge im Bereich der Prüfungskosten und der Anzahl der Neugründungen hervorgehoben. Es wurde aber auch darauf hingewiesen, dass im Bereich der Kleinstgenossenschaften noch Änderungsbedarf besteht und das BMJ plant in der nächsten Legislaturperiode eine kleine Genossenschaft ohne Pflichtmitgliedschaft und Pflichtprüfung einzuführen. Die Pressemitteilung des BMJ finden Sie hier:

<http://www.genossenschaftsgedanke.de/informationen.htm>

Statistik

Nach Zählung des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften e.V. (Stand 02.06.2009) ergibt sich derzeit folgendes Bild:

	2009	2008	Veränderung
Neueintr.	89	57	+56,1%
Löschung	49	40	+22,5%
Saldo	40	17	+135,3%

Termine:

Der 7. Wohnprojekte-Tag NRW findet am **26. 6. 2009 in Gelsenkirchen** zum Thema Wohnprojekte mit Investoren (Mieten – Investieren – Kaufen) statt.

Eine Tagung der „Grüner Vulkan eG“ zum Thema **Neue Energiekultur** findet am **26. Juni 2009 in Kirchheim (Hessen)** statt. Dr. Hermann Scheer (MdB / Bündnis 90/Grüne) ist Hauptreferent.

Weitere Informationen zu den beiden Veranstaltungen finden Sie hier:

<http://www.genossenschaftsgedanke.de/termine.htm>

Am 30. April 2009 veranstaltete Cooperative Europe ein **Seminar zu Energiegenossenschaften**. Es wurden etliche Genossenschaftsinitiativen aus ganz Europa vorgestellt. Die Vorträge können im Internet unter:

<http://www.coopseurope.coop/spip.php?article688>

abgerufen werden. Mittlerweile gibt es eine Initiative mit dem Ziel, die Kommunikation zwischen den Energiegenossenschaften in einem Netzwerk weiter zu verfestigen.



GENOSSENSCHAFTLICHE INFORMATIONEN - 02 / 2009

SPD-Anhörung: Erleichterungen für Genossenschaftsgründungen

Burghard Flieger, innova eG

Auf Einladung der SPD- Bundestagsfraktion, Arbeitsgruppe Recht, kamen am 25. März zu der Anhörung „Erleichterungen für Genossenschaftsgründer – neue Wege zu mehr Genossenschaften“ rund 50 GenossenschaftsexpertInnen zusammen. Klaus Uwe Benneter, MdB, leitete die Veranstaltung als Moderator.

Der Einstieg erfolgte durch Ute Höhfeld, Bundesministerium der Justiz, die Evaluationsergebnisse zu den Erfahrungen mit der Genossenschaftsrechtsreform 2006 vortrug. Befragt wurden ausschließlich Genossenschaftsprüfer der Verbände, die die Reform überwiegend positiv bewerteten. In eine ähnliche Richtung ging das Statement von Dr. Eckhard Ott, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband, der die zahlreichen Aktivitäten des DGRV im Bereich Neugründungen besonders betonte.

Finanzielle Überforderung

Anschließend standen Erfahrungsberichte verschiedener neuer Genossenschaften zu den Themen Pflichtmitgliedschaft, Gründungsprüfung, Pflichtprüfungen im Vordergrund. Die Tätigkeitsberichte waren positiv und ergaben über das Engagement der Akteure vor Ort einen guten Einblick in die vielfältigen Möglichkeiten genossenschaftlicher Organisation. Ernüchterung bis hin zur Sprachlosigkeit kam aber auf, als die Verantwortlichen ihre Erfahrungen und Einschätzungen zu den Prüfungen erläuterten. Ihr weitgehend einheitliches Resümee: Die Prüfungen sind zu teuer, bringen überhaupt nichts an neuen Erkenntnissen und verhindern, dass die kleinen Genossenschaften sich dauerhaft ökonomisch stabilisieren können.

Bei Förderungen benachteiligt

In dem dritten Teil stellten Dietmar Berger, Mitteldeutscher Genossenschaftsverband e.V., Chemnitz und Dr. Burghard Flieger, innova eG, Freiburg übereinstimmend fest, dass die genossenschaftliche Rechtsform im Bereich der Förderung eindeutig benachteiligt wird. Hintergrund: In Genossenschaften, in denen sich die Mitglieder selber einen Ar-

beitsplatz schaffen wollen, sind sie sowohl Beschäftigte als auch Unternehmer. Auf diese Struktur, die für die Beteiligten von entscheidender Bedeutung sind, wird keine Rücksicht genommen. Die Folge: Es fehlen Möglichkeiten, neue Arbeitsplätze in Genossenschaften im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik zu fördern.

Keine Nutzung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

Eine Gleichbehandlung des genossenschaftlichen Ansatzes setzt voraus, dass in den Förderprogrammen die genossenschaftlichen Besonderheiten berücksichtigt werden. Tatsächlich ist aber das Gegenteil der Fall. Beispielsweise kommt es zu Defiziten bei der Nutzung der arbeitsmarktpolitischen Finanzierungsinstrumente in den Bereichen Gründungszuschuss, Einstiegsgeld und bei dem Programm Jobperspektive. Ebenso fehlt die Einbindung der Genossenschaft bei der Förderung des Gründercoaching. Um die vielfältigen Benachteiligungen von Genossenschaften, die sich branchenspezifisch oftmals erheblich unterscheiden, wurde von Burghard Flieger die Forderung nach einer Entwicklungsagentur für Genossenschaften formuliert.

Schweizer Regelungen als Vorbild

Die Ausführungen von Dr. Burchard Bösche, vom Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V. in Hamburg rundeten die Anhörung ab. Er verdeutlichte, dass in der Schweiz, in der die Prüfung bei kleinen Genossenschaften auch intern organisiert werden kann, nicht mehr Insolvenzen vorkommen als in Deutschland. Dabei liegt die Genossenschaftsdichte in der Schweiz pro Einwohner sogar erheblich höher. Bösches Ausführungen geben für eine weitere Novellierung des Genossenschaftsgesetzes zukunftsweisend Anregungen.

Die Veranstaltung machte deutlich, dass sowohl bei den Prüfungskosten als auch bei den Rahmenbedingungen für Genossenschaftsgründungen noch erhebliche Verbesserungen erforderlich sind. Grundsätzlich signalisierte Klaus Uwe Benneter, MdB, hier etwas unternehmen zu wollen. Da auch Frau Ute Höhfeld, Bundesministerium der Justiz, anwesend war, könnten sich daraus langfristig Neuerungen ergeben.